

[Transcript] Echo der Zeit / Wie es um die medizinische Versorgung im Gazastreifen steht

Radio SRF, Echo der Zeit mit Christina Scheidecker.
Die Themen vom 30. Oktober.
Die medizinische Versorgung im Gasastreifen.
Die Herausforderungen für das medizinische Personal sind riesig.
Es ist eine unheimlich schwierige Situation,
die wir versuchen, wirklich alles dort überhaupt noch zu bearbeiten.
So können teilweise mit Taschenlampen Licht
oder mit Licht von Telefonern, wenn es funktioniert.
Das Echo-Gespräch mit einem Vertreter der Weltgesundheitsorganisation.
Die Lehren aus der Corona-Pandemie.
Verschiedene Analysen zeigen,
wo in der Schweiz das Verbesserungspotenzial liegt.
Die umweltpolitischen Fragezeichen
bei der Schweizer Subventionspolitik.
Wachleute fordern Reformen.
In den Details wird das aber kompliziert.
Und die Schweizer Lux-Population.
Die Tiere sind näher miteinander verwandt,
als es ihnen gut tut.
Lösungen auf europäischer Ebene sind gefragt.
Zuerst zu einer Übersicht der Nachrichtenmeldungen
des heutigen Tages mit Corinna Heinzmann.
Die israelische Armee hat den Einsatz der Bodentruppen
im Gaserstreifen reigenden Angaben ausgeweitet.
Es fänden Gefechte im Gaserstreifen statt
und es gäbe Kämpfe zwischen israelischen Bodentruppen
und der Hamas, so Israel.
Weiter entschließen die Hamas und auch die Spolamiliz
in Libanon Raketen in Richtung Israel,
wie Nachrichtenagenturen melden.
Die Nichtregierungsorganisation Reporzer ohne Grenzen
erhebt schwere Vorwürfe gegen das israelische Militär.
Ein Journalist, der vor gut zwei Wochen in Libanon getötet worden war,
sei gezielt von israelischer Seite beschossen worden.
Das sei gerne Auswertung von Videomaterial
zur Reporter ohne Grenzen.
Der Journalist sei klar,
als Pressemitarbeiter gekennzeichnet gewesen
und habe nicht mit Kämpfern verwechselt werden können.
Die israelische Armee sagte zur deutschen Presseagentur Depia,
der Vorfall werde untersucht.
US-Präsident Joe Biden
will künstliche Intelligenz stärker regulieren.
Er hat dazu ein entsprechendes Dekret erlassen,

wie das weiße Haus mitteilt.

Dieses sieht verschiedene Maßnahmen vor.

Unter anderem müssen Anbieter von Programmen mit künstlicher Intelligenz künftige Testresultate der US-Regierung zeigen, wenn die KI-Programme ein Risiko darstellen könnten, etwa für die nationale Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit.

Beim Zusammenbruch eines Baugerüsts sind in Hamburg vier Arbeiter ums Leben gekommen.

Der Unfall eignete sich an einer Baustelle im Gebiet Hafencity.

Laut den bisherigen Erkenntnissen war das Baugerüst in einem Liftschach errichtet.

Es kollabierte aus noch unbekanntem Gründen im achten Stock und stürzte in die Tiefe.

In der Hamburger Hafencity entsteht zurzeit Geschäft der Gastronomie, Hotels und über 1.000 Wohnungen.

Das ist eines der größten städtischen Entwicklungsprojekte in Europa.

Die Universität Zürich hat erneut die Qualität der Schweizer Medien untersucht und kommt zum Schluss, dass die Qualität gestiegen ist.

Sie aber sich im letzten Jahr weiter verbessert und sei auf das höchste Niveau seit zehn Jahren gestiegen.

Zu diesem Schluss kommt die Universität in ihrem Jahrbuch Qualität der Schweizer Medien.

Infolge der Fokussierung auf Kriegs- und Krisenthemen würden aber über 40% der Bevölkerung das Newsgeschehen nicht mehr verfolgen.

Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz kritisiert den Bau einer neuen Eisgrotte am Ronegletscher.

In einem Brief an die Walliser Regierung und die kantonale Baukommission fordert die Stiftung, dass die Bauarbeiten eingestellt werden, der offenbar entsprechende Baugesuch fehle.

Luis Rubiales, der ehemalige Präsident des Spanischen Fußballverbandes, darf drei Jahre lang keine Tätigkeiten mehr im nationalen und internationalen Fußball ausüben.

Das hat der Weltfußballverband FIFA entschieden, gut zwei Monate nach dem sogenannten Kuss-Skandal an der Frauenweltmeisterschaft.

Rubiales hatte im August nach dem WM-Titel Spaniens vor den Augen eines Millionenpublikums die Spielerin Jennifer Hermoso gegen ihren Willen auf den Mund geküsst.

Das sorgte international für Empörung.

Rubiales kann die Sperre
bei der Berufungskommission der FIFA anfächten.
Die Börsendaten von 1804, geliefert von 6,
das ist Market Index schließt bei 10.382 Punkten,
plus 0,6%.
Der Dalar Jones in Exo New York steigt um 1,0%.
Der Euro wird zu 95°72 gehandelt
und der Dollar zu 90°22.
Und wie wird das Wetter?
Am Abend und in der Nacht regnet es teils kräftig,
die Schneefahrgrenze sinkt auf 2.000 bis 1.500 Meter.
Morgen ist es im Norden wechseln bewölkt mit einigen Schauern.
Die Höchstwerte liegen bei 13°, dazu bläst böiger Westwind.
Im Süden klingt der Regen ab,
am Nachmittag dominiert die Sonne bei 17°.
Die humanitäre Lage im Gasastreifen ist prekär.
Der Bevölkerung fehlen Lebensmittel und sauberes Wasser.
Es mangelt aber auch an medizinische Versorgung.
Die Weltgesundheitsorganisation der UNO
und lokale Hilfsorganisationen zeigen sich alarmiert.
Viele Spitäler liegen außerdem in Gebieten,
die schwer von Luftangriffen betroffen sind.
Die israelische Armee hat gestern dazu aufgefordert,
das Alkutsspital im Norden des Gasastreifens zu evakuieren.
Über Nacht gab es Berichte von Bomben,
ein Schlägen in der unmittelbaren Nachbarschaft des Spitals.
Christian Lindmeier ist Sprecher der WHO.
Der Weltgesundheitsorganisation
erstät den engem Austausch mit Mitarbeitenden vor Ort.
Ich wollte von ihm wissen,
wie es um die medizinische Versorgung im Gasastreifen genau steht.
Kurz und knapp gesagt, sehr schlecht.
Wir haben hier eine Bevölkerung oder ein Streifenland,
der ja schon vor den ganzen Attacken abgeschnitten war
von der Umwelt und nur auf Hilfslieferungen angewiesen war.
Und alles, wirklich alles auf Lastwegen reingebracht werden musste.
Und jetzt haben wir natürlich die zusätzliche Situation,
dass zu den ganz normalen Krankheiten oder Vorkommnissen,
wie Diabetes oder Krebspatienten oder Leute mit Asthma
oder Frauen, die gebären zu den ganzen Sachen,
kommt zusätzlich noch jetzt natürlich die Verwundungen
und die Blessuren aus dem Konflikt,
schwerste Verwundungen, Amputationen, alles das noch.
Und für all das fehlt es an dem wirklich Minimaßen.

Es fehlt teilweise an Anästhesiemitteln.

Das heißt, heute haben die kompliziertesten Operationen oder Interventionen ohne Anästhesie.

Und zusätzlich haben sie dann noch Tausende, Zehntausende von Zivilbevölkerung, die versucht, in den Krankenhäusern Schutz zu suchen, weil es für sie das der einzige Platz ist, wo sie überhaupt noch meinen Zuflucht suchen zu können.

Also untragbare Situation, in der dieses Pflegepersonal die Ärzte versuchen, irgendwas noch zu erreichen, um das Minimum an Versorgung zu gewährleisten.

Sie sprechen es an.

Wie ist denn die Situation der Ärztinnen und Ärzte des Pflegepersonals?

Können die noch arbeiten?

Sie arbeiten noch.

Ob sie es noch hinkriegen, mit dem Material, das zur Verfügung steht und vor allem auch mit der dauernden Belastung, das ist natürlich die große Frage.

Wir haben Dutzende mittlerweile von Pflegepersonal, die leider auch umgekommen sind, schon.

Es ist eine unheimlich schwierige Situation, die die versuchen, wirklich alles dort überhaupt noch bearbeiten zu können, teilweise mit entweder Taschenlampenlicht oder mit Licht von Telefonen, wenn das funktioniert und das eben in der Versuchung noch irgendeine Minimalversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Wie sieht denn diese Spitallandschaft im Gasastreifen überhaupt aus?

Wie muss ich mir das vorstellen?

Also es ist erstmal ein unheimlich dicht Bevölkerungsgebiet.

Das sind 2,4 Millionen Leute.

Und dort gibt es normalerweise 35 Krankenhäuser, das ganze Gaser verteilt über den ganzen Gaserstreifen.

Und 12 von denen sind überhaupt schon nicht mehr funktionabel.

Also wir reden nur noch von 23, die überhaupt noch funktionieren.

Und da sind die meisten an der Grenze.

Das heißt, denen fehlt vor allem Benzin, um Generatoren laufen zu lassen, um elektrische Versorgung zu haben.

Den fehlt es an Medizin,

den fehlt es an sterilen Räumen mittlerweile,

den fehlt es an Betten.

Und natürlich die vielen Luftangriffe,

die in der Umgebung der Krankenhäuser meistens passiert oder auf passiert, sind auch nicht hilfreich.

Und in dieser Situation kommt nun der Aufruf von Israel gestern, das Al-Kud-Spital im Norden des Gasastreifens zu evakuieren.

Ein Spital evakuieren.

Was würde das bedeuten?

Es würde bedeuten, dass Sie Wochenlerner planen, dass Sie kritische Patienten mit Prinzipialambulanzen von einem Platz zum anderen verlagern, dass Sie natürlich auch Platz haben, wo diese Leute aufgenommen werden können.

Nichts davon ist vorhanden.

Wenn ich einen, der in einer Intensivstation lagert, wenn ich den verlegen muss, das dauert.

Das braucht Planung, das braucht Sorgfalt, das braucht Personal.

Alles das ist unter den gegebenen Umstellungen schlicht und einfach nicht möglich.

Mit welchen Konsequenzen?

Mit den Konsequenzen, dass das Pflegepersonal vor der Wahl steht, gehe ich selber und überlasse den Patienten, der mir anvertraut ist, seinem Schicksal.

Bleibe ich bei dem Patienten und riskiere dort mit getroffen zu werden.

Für die Patienten besteht keine Möglichkeit, weil sie sich ja selber auch nicht bewegen können.

Das ist ein wirkliches dem Schicksal überlassen bleiben.

Was braucht es denn nun aus Sicht der WHO, um die medizinische Versorgung im Gasastreifen einigermaßen aufrecht zu erhalten?

Oder zu verbessern, von dort, wo sie jetzt ist?

Es bräuchte idealerweise eine humanitäre Pause.

Eine humanitäre Pause,

um mit einem Korridor auch zu den Krankenhäusern zu kommen, zu den Pflegeeinrichtungen, Personen, Mütter, Babys, Männer zu evakuieren, die eben Hilfe brauchen außerhalb Graser, wo sie eventuell Pflegemöglichkeiten haben.

Wenn diese humanitäre Pause nicht da wäre, bräuchte es zumindest eine fortlaufende Versorgung mit medizinischen Gütern für Bluttransfusionen, Medizin, Anastetika, medizinische Instrumente.

All das aber im fortlaufenden Maße mit Dutzenden von Lastwagen pro Tag.

Alle das lässt sich machen, aber dazu brauchen sie Sicherheitsgarantien.

Die brauchen Sicherheitsgarantien
für die Rotkreuze oder Halbmon-Mitarbeiter.
Sie brauchen Sicherheitsgarantierende für alle Mitarbeiter dort,
um sowas auf die Beine zu stehen.
Und diese Sicherheitsgarantien gibt es nicht.
Es gibt ja auch eine politische Komponente
bei diesen Hilfskütern Israel kontrolliert,
sehr genau, was da in den Gaza-Streifen gelangt,
der Vorwurf, der dahinter steht,
die militantisch-lamistische Hamas-2-Gehilfsküter für sich ab,
auch medizinische Produkte oder Benzin,
um Generatoren in Spitälern zu vertreiben.
Wie wirken Sie von der WHO dem entgegen,
indem Sie genau kontrollieren?
Das kritischste ist natürlich genau das Benzin,
weil sich das natürlich aus sogenanntes Duales gut,
für militärische Zwecke verwenden lassen.
Das ist durchaus verständlich.
Nur die Kontrollen, die von der UN
und von der WHO hier durchgeführt würden,
das ist nicht das erste Mal, dass wir das machen.
Wir haben Mitarbeiter vor Ort,
wenn diese Medikamente oder eben auch Benzin
an Krankenhäuser und an Pflegestationen übergeben wird.
Dieses lässt sich machen, aber nochmal.
Natürlich alles nur,
wenn die gewerßen Sicherheitsgarantien gegeben sind.
Also alles lässt sich bewerkstelligen,
am besten mit einer Feuerpause
oder eben mit diversen Garantien.
Christian Lindmeyer
von der Weltgesundheitsorganisation der UNO.
Das ist das Echo der Zeit auf Radio SRF
mit Antworten auf diese Fragen.
Welche Lehren die Schweiz aus der Corona-Pandemie gezogen hat
und welche nicht?
Warum Fachleute das Schweizer Subventionssystem kritisieren
im Hinblick auf das Klimaziel 2050?
Warum viele Gewerkschaftsmitglieder die SVP gewählt haben?
Und was das für linke Politik im Parlament heißt?
Und wie sich mit traditionellen Kartoffelsorten
in Bolivien gutes Geld verdienen lässt?
Und warum die Bevölkerung dieses Geld gut gebrauchen kann?
Wie gut ist die Schweiz vorbereitet

auf eine allfällige neue Pandemie,
eine neue Gesundheitskrise?
Mit dieser Frage haben sich hierzulande
verschiedene Stellen beschäftigt.
Diverse Analysen zur Corona-Pandemie liegen nun auf dem Tisch.
Und die zeigen, es gibt Raum für Verbesserungen.
Bundeshausredaktorin Christine Wanner.
174 Seiten umfasst der Bericht
der parlamentarischen Aufsicht GPK über die Pandemie,
Anfang Monat veröffentlicht.
Deren Präsident, Ständerat Matthias Michel von der FDP,
bringt das Wesentliche auf den Punkt.
Die Schweiz hat sich einigmal so gut geschlagen im Resultat
und die Probleme ergeben sich dann eher
aus unserer staatlichen Organisation.
Insbesondere müssten die Rollen von Bund und Kantonen
im Krisenfall klarer definiert werden.
Wer ist wann, wofür verantwortlich?
Und mit Blick in die Zukunft?
Es war für uns jetzt nicht eine existenzielle Frage,
dass wir die nächste Pandemie nicht überleben würden
mit der bestehenden Organisation, aber wir können noch besser werden.
Zu einem ähnlichen Schluss kam die 129-seitige Analyse
von Bundeskanzler Walter Thurnher vom Juni 2022.
Erstens bei der Organisation des Krisenmanagements
der Bundesverwaltung,
zweitens bei der Koordination und Konsultation
im föderalen System mit den Kantonen sowie den Gemeinden
und drittens beim Einbezug der Wissenschaft ins Krisenmanagement.
Damals kritisierte Thurnher auch die kontraproduktive Haltung
in der Schweiz. Man solle sich fragen.
Es könnte noch alles Blödes passieren.
Das ist so wie ein Reflex, den wir uns vielleicht besser angewöhnen müssen.
Wir gehen davon aus, es geht gut
und die schlimmen Sachen passieren im Ausland.
Aber das ist nicht unbedingt so.
Er warnte davor, zum Normalzustand überzugehen.
Aus den Analysen sollten Lehren gezogen werden.
Ständerat Matthias Michl spricht von einem großen Erfahrungsschatz,
auf den die Behörden nun zurückgreifen könnten.
In der Praxis, in den Spitälern, in den Kantonen
habe die Zusammenarbeit gut funktioniert.
Offene Wünsche hat der GPC-Präsident bei der Digitalisierung
und bei der Versorgung.

Das ist sicher zentral.

Das hat mit Lieferketten zu tun,
innerhalb der Schweiz aber auch international.

Und wenn wir beim Internationalen sind, hier bringen wir nach darum,
dass das Gesundheitssystem der EU angeschlossen wird
mit einem Frühwarnsystem.

Das wurde uns nur im Notfall gewährt, aber das ist nicht gesichert.

Auf ein Gesundheitsabkommen mit der EU wäre wichtig.

Die ganz praktischen Dinge möchten auch die Kantone noch verbessern.

Den Umgang mit Daten im Gesundheitswesen etwa.

Klarheit schaffen darüber, welche Angebote und Plätze

Spitäler bereithalten müssen im Krisenfall

und wie medizinische Güter verteilt werden.

Die Kantone haben ihrerseits ja auch Analysen verfasst.

Heute verweisen sie auf die laufenden Arbeiten

an Pandemieplan und Epidemienetz.

Dafür hat sich das Innendepartement von Alan Berset
den Krisenmanager vom Bundesamt für Gesundheit BAG

für ein Jahr geholt, Patrick Mattis.

Für ein Interview steht er heute nicht zur Verfügung.

Anfang Jahr äußerte er sich in einem Podcast des BAG so.

Krisenmanagement tönt ja so ein bisschen,

wenn man eine Krise wirklich managen könnte.

Was man managen kann, ist die Organisation

oder die Organisationen, die für die Bewältigung zuständig sind.

Das wird nun ausgiebig getan.

Auch die Wissenschaft muss besser einbezogen,

die Krisenorganisation effektiver werden.

Zum Beispiel wird jene Stelle neu ausgerichtet,

die in den schlimmsten Phasen der Pandemie

mit den Intensivmedizinerinnen und Medizinern

an die Menschen suchte.

Die Schweiz managt die nächste Krise bereits intensiv,

im Wissen darum, dass nicht klar ist,

wie eine nächste Krise ausschaut.

Und Patrick Mattis?

Er sagte rückblickend auf die Pandemie.

Für mich ganz klar, es ist ein once in a lifetime experience.

So kehrt er nicht wie ursprünglich angedacht zurück ins BAG,

sondern beginnt diese Woche beim Bundesamt für Polizei

in neuer Funktion.

Für die angestoßenen Verbesserungen

will der Bund bis Ende Jahr vorlegen.

Mit Subventionen und anderen Anreizen

kann der Bund bestimmte Verhalten fördern und unterstützen.
Etwa, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren.
So, dass die Schweiz ihr Klimaziel, Netto 0 bis 2050, erreicht.
Doch es gäbe staatliche Anreize,
die diesem Ziel eher entgegenwirken.
Diese Ansicht vertreten kürzlich Fachleute an der Universität Bern.
Die einzelnen Vorschläge, wie man das System reformieren könnte,
sind allerdings umstritten.
Andrea Jacqui.
Zuerst ein Beispiel.
Bauern, die ihre Kühe weiden lassen, erhalten vom Bund Geld.
Der sogenannte Beitrag für Grasland basierte Milch- und Fleischproduktion
beträgt 200 Franken pro Hektar.
Der Bund fördert das Wohl von Kühen mit weiteren Subventionen.
Andreas Lienhardt, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht
an der Universität Bern,
spricht von einer sogenannten Dysfunktionalität.
Das typische Beispiel ist die Unterstützung von gewissen
landwirtschaftlichen Betrieben,
wo der Ausstoß von Treibhausgasen sich natürlich kontraproduktiv
auf den Klimaschutz auswirkt.
Etwas weniger höflich ausgedrückt,
die Kühe forzen und stoßen dabei Metangas aus.
Das ist schlecht fürs Klima.
Darum schlägt Andreas Lienhardt
eine Ergänzung des Subventionsgesetzes vor.
Auch Nachhaltigkeit solle ein Kriterium sein,
um Fördergelder zu erhalten.
Der Direktor des Schweizerischen Bauernverbands,
Martin Rufer hingegen,
bestreitet, dass die Landwirtschaften Klimazielen entgegenwirken.
Nehme man das Beispiel der Kühe, müsse man relativieren.
Neues der Forschung zeigen,
dass Rindvieh weniger schlecht fürs Klima sei als bisher angenommen.
Zudem erfüllten die Tiere einen wichtigen Zweck.
Dank der Rindviehhaltung können wir das ganze Berggebiet,
das Grünland auch nutzen für die humanen Nahrung.
Daher ist es durchaus wichtig,
dass wir auch Kühe und Rindvieh haben.
Das Gebiet dort würde sonst verwalten, so rufen.
Zurück an die Universität.
Wie sein Kollege Lienhardt, sieht auch Alan Griffell
bei den staatlichen Anreizen Handlungsbedarf.
Wolle man das Netto-0-Ziel erreichen.

Griffell, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich, sagt, der Staat setzte zu stark auf Subventionen. Man müsse ...

... viel stärker weg von Subventionen kommen, hin zu viel stärkerem Ausbau von Lenkungsinstrumenten, welche also uns über das Portemonnaie in dem Sinne steuern, dass wir gewisse Dinge zwar tun können, aber dann müssen wir dafür bezahlen. Steuerungen über das Portemonnaie könnten durchaus wirksam sein, sagt Griffell und bringt als Beispiel das Umweltschutzgesetz. So wurde 2004 der Preis für Benzin und Heizöl mit einem hohen Schwefelgehalt erhöht. Und das hat jetzt zur Folge, dass man sehr bald nur noch tiefschwefeliges Benzin und tiefschwefeliges Heizöl, sogenanntes Heizöl extra leicht eingeführt hat, sodass die Lenkungsabgabe das Ziel erreichte. Der Staats- und Verwaltungsrechtsprofessor denkt, heute sei eine weitere Lenkungsabgabe auf Benzin und auch auf Diesel nötig. Im Wissen, dass ein höherer Benzinpreis aktuell politisch nicht ersetzbar wäre. Das CO2-Gesetz z.B. sah eine Abgabe auf Flugtickets vor. Wahrscheinlich eine der Gründe, warum das Stimmvolk es abgelehnt hatte. Der Direktor der Schweizerischen Bauernverbands Martin Rufen bevorzugt Freiwilligkeit. Ich glaube, wir kommen politisch schneller voran, wenn man wirklich auf diese Freiwilligkeit und eben auf die Wörterung setzt und ist auf Lenkungsabgaben und Verbote. In den Augen von Staats- und Verwaltungsrechtsprofessor Griffell machen viele aber einen Denkfehler. Denn ob Lenkungsabgabe oder Subventionen, die Gesellschaft bezahle beides, bei den Subventionen über die Steuern. Zwar werden Subventionen alle paar Jahre von den Behörden auf ihre Wirksamkeit und Rechtmäßigkeit hinüberprüft. Doch laut Staats- und Verwaltungsrechtsprofessor Andreas Lienhardt fällt generell eine Übersicht. Ich denke hier an eine Subventionsdatenbank, wo nicht nur die Subventionen des Bundes, sondern auch diejenigen der Kantone und der Gemeinden mithalten sind. Und eine solche Subventionsdatenbank, die könnte dann auch als Grundlage dienen, um Subventionsüberprüfungen noch besser durchführen zu können. So konnte wohl auch die Frage besser beantwortet werden,

ob Subventionen helfen, die Klimaziele zu erreichen
oder ob sie sie gar torpedieren.
Aus Sicht der schwarzer Gewerkschaften
haben die Parlamentswahlen vor einer guten Woche
ein durchzogenes Resultat gebracht.
Einerseits wurden Aushängeschilder wie Pierre-Yves Maillard
oder Barbara Gisi klar wiedergewählt.
In Luzern hat ein Gewerkschaftsvertreter einen Sitz dazugewonnen.
Allerdings dürfte es der Vormarsch der SVP Schwierig,
der
SVP Schwieriger machen, klassische gewerkschaftliche Anliegen
im Parlament durchzubringen.
Obwohl die Nachwahlbefragung zeigt,
dass die SVP bei der Gewerkschaftsbasis gut abschneidet.
Klaus Bonanomi
Von der Politik direkt in die Gewerkschaftsarbeit.
Yvonne Ferie hört nach 12 Jahren als SP-Nationalrätin auf
und geht zur Gewerkschaft SINA.
Eine Woche nach den Parlamentswahlen
ist Ferie am Samstag von den SINA-Delegierten
zur neuen Präsidentin gewählt worden.
Sie ist mit Blick auf das neu gewählte Parlament skeptisch.
Ich glaube, unsere Themen werden schwieriger haben in den nächsten 4 Jahren
als in den letzten 4 Jahren.
Der soziale Anliegen, Krankenkassen, Prämienverbilligungen
und Gesundheitsthemen, die uns ja auch sehr wichtig sind,
das wird eine große Herausforderung.
Adrian Wütrich, der Präsident des Arbeitnehmendachverband Trawaisuis,
gibt sich etwas gelassener.
Es sind doch einige Gewerkschafts- neue Leute gewählt worden.
Nicht so viele, wie wir uns vorgestellt haben.
Aber als Dachverband haben wir hier eine große Aufgabe,
um die Anliegen der Arbeitnehmenden ins Parlament zu bringen.
Vor dem Hintergrund des SVP-Wahlsieges lohnt sich ein Blick
in die Ergebnisse der Nachwahlbefragung
des Forschungsinstituts SOTOMO.
Bei den Menschen mit dem tiefsten Einkommen und der 4000 Franken
wählten rund ein Drittel die SVP,
ebenso bei der Gruppe mit dem tiefsten Bildungsniveau.
Mit anderen Worten, der Rechtsrück ist zum Teil auch
der klassischen Gewerkschaftsklientel zu verdanken.
Das weiß auch Daniel Lampard,
der Zentralsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.
Ein Teil ist auch unsere Basis, die SVP-Welt,

das ist ein Misstrauen gegenüber der Politik in Bern,
wo man den Eindruck hat, die retten die Kredisvis,
die machen Steuerprojekte, die vor allem den hohen Einkommen dienen.
Bei der AHV geschieht nichts,
bei den Prämienverbilligungen geschieht nichts.
Da ist es nicht überraschend, wenn die SVP,
die das nicht als Programm hat,
aber sich präsentiert,
so als grundsätzliche Institutionen kritische Partei,
wenn die auch zulegt.
Freilich bei der SVP-Fraktion ist die Bereitschaft gering,
sich im Parlament für gewerkschaftliche Anliegen einzusetzen.
So sagt der SVP-Fraktion Chef Thomas Eschi
letzte Woche im Tagesgespräch von Radio SRF.
Unsere Sozialversicherung, unser Gesundheitswesen,
da sehe ich zwei Prioritäten,
die wir jetzt mit viel Zeit und Energie investieren.
Wir werden bürgerliche Vorschläge auf den Tisch legen,
die nicht umverteiligend mehr Kosten gehen,
sondern bürgerliche Lösungsvorschläge.
Die Gewerkschaften setzen deshalb nicht nur auf das Parlament,
sondern auch auf das Volk, so Daniel Lampard.
Im ersten halben Jahr sind Volksabstimmungen dominant,
nicht das Parlament.
Zuerst bei der Altersvorsorge, 13. AHV-Rente
und nachher wahrscheinlich im Juni über mehr prämen Verbildungen.
Das Kalkül dahinter, bei diesen Anliegen,
die in erster Linie den Menschen mit tieferen Einkommen
zugutekämen, dürfte auch ein Teil der SVP-Wählerschaft zustimmen.
Das erhöhe die Chancen in der Volksabstimmung.
Daneben sei und bleibe aber auch die Sozialpartnerschaft wichtig,
als Korrektiv und als Ergänzung zum Parlament.
Traweiswisspräsident Adrian Wütrich betont,
dass die nationale Sozialpartnerschaft eine Kraft hat.
Wenn sich die Arbeitgeberverbände und die Arbeitnehmersverbände
zusammen tun und Projekte zusammen entwickeln,
dann können wir auch Kompromisse erarbeiten,
wenn sie dann in der Politik aufgenommen werden.
Als Beispiel nennt Wütrich die Reform der beruflichen Vorsorge,
bei der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam einen Vorschlag erarbeitet hätten,
der dann aber im Parlament stark abgeändert wurde.
Der ursprüngliche Vorschlag der Sozialpartner
hätte vor dem Volk größere Chancen gehabt,
ist der Gewerkschafter überzeugt.

Auch bei der Europapolitik und insbesondere bei der Frage von Zuwanderung und Lohnschutz würden die Sozialpartner nun vom Bundesrat stark eingebunden, so Wütrich. Und das sei auch nötig, denn auch bei der künftigen Europapolitik werde Anschluss das Volk abstimmen. Sie hören das Echo der Zeit. Weiter geht's mit dem knappen Genpool der Schweizer Luxe zuerst aber nach Bolivien. Bolivien ist nach Surinam das zweitärmste Land Südamerikas. Über 80% der Bevölkerung, hauptsächlich Indigene, arbeiten in prekären Verhältnissen, zu Dampenglöhnen, ohne Vertrag, ohne Sozial- oder Krankenversicherung. Entsprechend ist Bolivien angewiesen auf finanzielle Hilfe aus dem Ausland, auch aus der Schweiz. So fordert etwa die Schweizer Hilfsorganisation Helvetas den Anbau von traditionellen Kartoffelsorten in den Anden. Doch dieses Geld dürfte schon bald versiegen. Südamerika-Korrespondentin Teresa Delgado. Mit einem wackeligen Kleinbus geht es über eine kurvenreiche, staubige Straße nach San Isidro. Ein kleines indigenes Dorf in der Gemeinde Murciata, in Zentral Bolivien, gelegen auf fast 4000 Meter Höhe in der Andengebirgskette. Bauer Juan Ruiz López zieht behutsam rosafarbene und violette Kartoffeln aus der Erde. Oh, schau, die sind richtig schön groß. Trotz der großen Höhe wachsen in San Isidro traditionelle bolivianische Kartoffelarten, sogenannte Papas Nativas. Die Nähe zum Equator macht das Klima in Bolivien auch auf 4000 Meter mild und den Boden fruchtbar. Der Kartoffelanbau ist denn auch die Haupteinkommensquelle der rund 600 Dorfbewohnerinnen und Bewohner. Unterstützt wird die Dorfgemeinschaft dabei von einer Schweizer Hilfsorganisation. Susanna Michiones von Helvetas kennt das Potenzial bolivianischer Kartoffeln. In Bolivien gibt es über 1500 verschiedene Kartoffelsorten und Bolivien ist das Land mit den größten Kartoffelkonsum mit weit. 126 Kilos werden hier pro Kopf pro Jahr gegessen. Am besten wachsen die Kartoffeln in subtropischen Zonen in großer Höhe zwischen 3500 und 4000 Metern. Die bekannteste Kartoffelsorte ist Bintaboka, die Mundbemala Kartoffel. Die heißt so, weil einem die Schale dieser Kartoffel beim Essen

die Lippenviolett färbt.

Auch Gandedo ist beliebt, eine rote Kartoffel.

Landwirt Jorge Buendía zeigt stolz seinen Rasensprenger.

Wie die meisten Dorfbewohner spricht er die indigenen Sprache Quechua und gebrochenes Spanisch.

Früher haben wir von Hand gegossen.

Ein Schlauch mit einem Filternetz drauf führt nun von einem Bergbach mitten im Dorf zu den hangabwärtsgelegenen Kartoffelfeldern und Rasensprenger bewässern die Felder automatisch.

Das ist wassersparender als das Gießen von Hand.

In Bolivien, wo Wasserknappheit herrscht, ein entscheidender Faktor für nachhaltigen Kartoffelanbau.

Die Dorfgemeinschaft hat sich zu einem Verband zusammengeschlossen.

Gemeinsam waschen die Bäuerinnen und Bauern ihre Kartoffeln in einer metallenen Schleudertrommel.

Sie sortieren die Kartoffeln nach Größe und verpacken sie in kleine bunte Netze, alles von Hand, für den Verkauf im Tal.

Indigene Kartoffelsorten galten in Bolivien bis vor Kurzem als arme Leute essen.

Doch mit der Corona-Pandemie rückten lokale Produkte in den Fokus.

Inzwischen sind die Bappas nativas in Restaurants gefragt, gelten als Gourmet-Kartoffeln.

Die Ketchup-Sprache Serafena Gordova schleppt Kisten voller Kartoffeln hin und her.

Die Arbeit mit den Kartoffeln gefällt mir und der Verkauf an Supermärkte hilft mir dabei, meine Kinder zu ernähren.

Sagt die 46-Jährige.

Das Geschäft mit den Kartoffeln läuft gut.

Vom Indigenendorf San Isidro werden die Kartoffeln an Supermärkte geliefert.

Oder sie landen bei Organica del Sur, Boliviens größter Kartoffelfabrik in Cochabamba.

Dort werden die Vitaminen, Eisen und zinkreichen bunten Kartoffeln von Maschinen weiterverarbeitet zu Kartoffelchips.

Fabrikchef Grover Vargas ist zufrieden.

Im Auftrag der Lokalegierung produzieren wir aus den einheimischen Kartoffeln kleine Portionen proteinreicher Chips.

Sie werden als Schulfrühstück an Kinder verteilt in Cochabamba.

Chips als Schulfrühstück.

Das klingt aus Schweizer Sicht zwar komisch, doch rund 16% der bolivianischen Kinder unter 5 Jahren leiden an chronischer Mangelernährung und sind auf ein stärkerhaltiges Gratisfrühstück in der Schule angewiesen.

Die indigenen Kartoffeln sind wirtschaftlich im Aufschwung. Der Punkt ist wichtig, denn die Hilfsgelder aus der Schweiz drohen zu versiegen.

Das eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, EDA, stellt bis Ende 2024 die bilaterale Entwicklungshilfe in ganz Lateinamerika vollständig ein.

Richard Heb, Länderdirektor der Helvetas in Bolivien, muss nun andere Geldgeber finden.

Die Folgen sind natürlich weitreichend für uns.

Das ist ein schwieriger Prozess, weil es immer weniger Mittel für nicht- regierungsorganisationen gibt und auch immer weniger für Lateinamerika.

Doch die Chancen, andere wirtschaftliche Beziehungen aufzubauen, sind intakt.

Die bunten Kartoffelchips wecken auch das Interesse von Schweizer Firmen. Zweifel der Marktführer für Chips in der Schweiz erwegt, in Zusammenarbeit mit Organica del Sur, die bunten Gourmetchips aus dem bolivianischen Anden, demnächst bis in die Schweiz zu exportieren.

Die traditionellen Kartoffelsorten versprechen also wirtschaftlichen Erfolg. Aber auch dieser kommt vor allem dank Geldern aus dem Ausland zustande. Mit der neuen Strategie des Schweizer Außendepartements, die bilaterale Entwicklungshilfe auf Afrika und die Ukraine zu fokussieren, wird künftig deutlich weniger Schweizer Geld nach Lateinamerika fließen. Was heißt das für ein Land wie Bolivien, wenn diese Gelder wegfallen?

Das wollte ich von Teresa Delgado wissen.

Ja, der Beitrag der Schweiz war bis jetzt klein.

Also Bolivien hat zum Beispiel im Jahr 2021 laut Angaben der Weltbank rund eine halbe Milliarde US-Dollar-Entwicklungshilfsgelder erhalten.

Rund fünf Prozent davon, 23 Millionen, kamen aus der Schweiz.

Aber das sagten mir Fachleute vor Ort in Bolivien, die Hilfe der Schweiz war äußerst effizient, weil es sehr gezielte Hilfsprojekte waren, die die Lokalbevölkerung auch stark einbanden.

Für Bolivien ist jedes Wegfallen von Hilfsgeldern ein Problem.

Das Land ist eines der ärmsten Länder Südamerikas, auch hochverschuldet, kommt deshalb kaum noch an ausländische Kredite dran.

Da bahnt sich eine gröbere Wirtschaftskrise an.

Und das bedeutet wieder mehr politische Instabilität, mehr Armut.
Warum schafft es denn die bolivianische Politik nicht,
aus eigener Kraft für bessere Perspektiven zu sorgen?
Na ja, die Regierung versucht das schon, aber Bolivien ist noch eine sehr junge Demokratie.
Es gibt viel Korruption und das Land hat auch seit bald 18 Jahren
ein sozialistisches Wirtschaftsmodell, das sorgt für einige Probleme.
Ex-Präsident Evo Morales enteignete und verstaatlichte zum Beispiel
ausländische Großunternehmen in Bolivien, vor allem Minenbetreiber
und dagegen werten sich diese ausländischen Unternehmen vor Gericht.
Und so kommt es, dass das verschuldete und ohnehin arme Bolivien
jetzt eine Abfindung von über 250 Millionen US-Dollar
an das Schweizer Minenunternehmen Glencore zahlen muss.
Und das ist nur ein Fall von vielen, der jetzt auf die bolivianische Staatskasse drückt.
Dabei ist Bolivien eigentlich ein rohstoffreiches Land, hat viel Erdgas und Erdöl,
aber das meiste davon wird halt exportiert und erst im Ausland weiterverarbeitet.
Deshalb gibt es in Bolivien zu wenige Jobs, das führt zu großer Unzufriedenheit
und so kommt es immer wieder zu großen Protesten und Straßenblockaden,
wie zuletzt Anfang Jahr in der Provinz Santa Cruz.
Was unternimmt denn Boliviens Politik der jetzige Präsident Luis Arse, um die Lage zu beruhigen?
Arse hofft, dass mehr Lithium-Export frisches Geld in die Staatskasse spült,
aber das löst das Problem der starken Abhängigkeit Boliviens nicht
von den Preisschwankungen auf den weltweiten Rohstoffmärkten.
Und politisch beweist Arse auch kein großes Geschick im Moment, er wurde vor Kurzem
aus seiner eigenen sozialistischen Partei ausgeschlossen wegen einem
parteiinternen Machtkampf mit Evo Morales.
Es ging da um die offizielle Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2025
und auch mit der Opposition ist Arse zerstritten.
Er liess schon vor Monaten Oppositionsführer Luis Gamacho einsperren,
wohl aus politischen Gründen, denn der Konservative ist Gouverneur der Provinz Santa Cruz,
wo es eben diese großen Straßenblockaden gab.
Ein Präsident, der mit allen streitet, Parlamentarierinnen,
die sich gegenseitig mit Stühlen bewerfen und ständig irgendwelche Proteste,
das ist Alltag in Bolivien.
Das Land hat über 30 offizielle Sprachen, ist wahnsinnig groß
und so ein großes Vielvölkerstaatenland zusammenzuhalten, ist eine große Herausforderung.
Südamerika-Korrespondente in Teresa Delgado.
Die Rückkehr der Luxe gilt als Erfolgsgeschichte des Schweizer Naturschutzes.
In den 1970er-Jahren wurden 26 Tiere aus den Kapaten ins Land gebracht und ausgesetzt.
Inzwischen leben rund 250 Luxe in den Alpen und im Jura
und breiten sich langsam auch im Mittelland aus.
Dennoch ist die Zukunft des Luxes in der Schweiz gefährdet.
Das Problem in Zucht.
Marc Melcher.
Spricht man vom Schweizer Luxe, spricht man von zwei Populationen,

von jener in den Alpen und von jener im Jura.

Beide Populationen gehen auf die Aussetzungen zwischen 1971 und 1980 zurück.

Doch damals haben die Behörden einen Fehler gemacht,

sagt die Wildstierbiologin Christina Vogt.

Es ist dann auch später herausgekommen, dass einige Tiere,

die jetzt nicht umgesiedelt wurden, sogar verwandt waren.

Aber auf dem hat man damals noch keine Beachtung geschenkt.

Christina Vogt untersucht die genetische Vielfalt für die Stiftung Cora,

die sich im Auftrag des Bundes um diverse Fragen zu den Großraubtieren in der Schweiz kümmert.

Das Wissen um die Bedeutung der genetischen Vielfalt sei in den 70er-Jahren kaum vorhanden gewesen.

Man habe sich deshalb nicht darum bemüht, Luxe mit möglichst verschiedenen Genen in die Schweiz zu holen.

Wenn wir jetzt unsere Population in der Schweiz vergleicht mit der Ursprungspopulation in den Karpaten,

dann sieht man einfach, dass unsere Jura- und Alpenpopulation gewisse Genvariante verloren haben über die Zeit.

Auf die Dauer kann das zu einem Gesundheitsproblem für die Luxe werden.

Bei der Stiftung Cora läuft aktuell ein Forschungsprojekt dazu.

Man will herausfinden, ob bereits heute Folgende in Zucht spürbar sind.

Einen Verdacht hat man bereits, sagt Christina Vogt.

Was sich in der Vergangenheit schon gezeigt hat, ist, dass in der Alpenpopulation zunehmend Herzgrüschchen bei Luxe festgestellt werden.

Es wäre jetzt das Ziel von diesem Projekt, dass man herausfinden würde,

ob die Herzgrüschchen etwas mit der Genetik zu tun haben

und ob die wirklich einen Einfluss auf das Überleben der Tieren haben oder nicht.

Herzgeräusche, die man bei gesunden Tieren nicht hört.

Diese stellt man zum Beispiel dann fest, wenn ein Luxe betäubt

und mit einem GPS-Halsband ausgestattet wird.

Das Herzgeräusch kommt zwar auch bei den Jura-Luxen vor,

dort aber seltener als in den Alpen.

In der Jura-Population habe man dafür andere Beobachtungen zur Gesundheit der Luxe gemacht.

In einer Studie in Frankreich, z.B. auf der französischen Seite von Jura,

hat man in den letzten Jahren ein paar Luxe ohne Ohren dokumentiert.

Dort wäre natürlich so abzuklären, warum das der Fall ist

und ob das etwas genetisch ist oder ob das allerfalls irgendeiner Krankheit.

In einem länderübergreifenden Projekt gehen Forschende der Frage nach,

wie man die genetische Vielfalt der Luxe erhöhen könnte.

Denn das Problem kennen auch andere europäische Länder.

Hier versucht man die gesamte Population europaweit zu schützen und besser zu vernetzen.

Hier gehört die Ursprungspopulationen der Karpatenländer dazu,

aber auch all die wieder angesiedelten Luxepopulationen in Zentral- und Westeuropa.

Die heute isolierten Populationen sollen sich künftig untereinander austauschen können.

Dazu müssten aber neue Luxe ausgesetzt werden

[Transcript] Echo der Zeit / Wie es um die medizinische Versorgung im Gazastreifen steht

oder es bräuchte deutlich mehr Grünbrücken über Wanderhindernisse wie Autobahnen.
Die Diskussionen über die Zukunft der europäischen Luxe stehen aber noch ganz am Anfang.
Der Beitrag von Marc Meltscher hingegen ist der Schlusspunkt im heutigen Echo der Zeit.
Redaktionsschluss ist um 20 vor 7.

Verantwortlich für die Sendung Zita Affentranger
für die Nachrichten Marisa Eckli am Mikrofon Christina Scheidecker.